



## Informationen aus Land und Kreis

### Steuerung des Windenergieausbaus

Um die Akzeptanz beim Ausbau der Windenergie zu gewährleisten und die Aufstellung der Regionalpläne zu sichern, muss der Zubau von Windenergieanlagen gesteuert werden. Darum haben die Landtagsfraktionen von CDU und Grünen eine neue Regelung in den Landtag eingebracht, die Projekte außerhalb der künftig in den Regionalplänen festgelegten Zonen für sechs Monate stoppt.

So wird Wildwuchs an den Stellen verhindert, an denen die Bürgerinnen und Bürger und die planungs-

verantwortlichen Stellen keine Windenergieanlagen haben möchten.

NRW ist bereits heute Vorreiter beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, mehr als 150 Anlagen gingen allein im vergangenen Jahr in Betrieb, weitere rund 750 Vorhaben sind innerhalb der Windenergiebereiche bereits genehmigt. In NRW stehen genug Windenergie-Flächen zur Verfügung, um alle Ausbauziele zu erreichen. Daher sollte die Windbranche ihre Planungen auf die regional oder kommunal gewünschten Flächen fokussieren.

### Erster Bürgerrat in Nordrhein-Westfalen

Die Regierungsfractionen von CDU und Grünen sowie die SPD haben beschlossen, 2026 einen Bürgerrat einzusetzen. Der Landtag soll bei der Auswahl des Themas einbezogen werden.

Der Bürgerrat soll die demokratische Mitbestimmung in Nordrhein-Westfalen ergänzen. Er soll nach maximal zehnwöchiger Beratung seine Handlungsempfehlungen vorlegen, die dann von den Abgeordneten im Fachausschuss und im Plenum beraten und veröffentlicht werden.

Der Bürgerrat besteht aus 80 nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Menschen ab 16 Jahren und Wohnsitz in NRW. Er soll im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Herkunft, Gemeindegröße und Bildungshintergrund ausgewogen sein und auch die unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen — wie etwa Schichtarbeit, Familienstatus, Diversität und Inklusion — berücksichtigen.

Mit diesem neuen Instrument soll das Vertrauen in die Politik und die Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen gestärkt sowie der Politikverdrossenheit entgegen gewirkt werden.

### Themen dieser Ausgabe:

Länder fordern nationale Finanzbildungsstrategie	2
Mieterschutzverordnung auch in Kempen	2
Land unterstützt Schlichtungsstelle Nahverkehr	3
Besuch der Sternsinger	3
Bezahlkarte für Geflüchtete gestartet	3
Meistergründungsprämie NRW erweitert	4
Vorbild Nordrhein-Westfalen bei der OK-Bekämpfung	4
Träger für Ehrenamtsmedaille des Landtags gesucht	5
Neues Förderprogramm Klimaanpassung. Unternehmen.NRW	5
Neue Funkgeräte für NRW-Polizei	5
Land fördert „brotZeit“-Projekt	6
Optendrenk trifft flämischen Finanzminister	6
Förderwettbewerb „Grüne Gründungen.NRW“	6
Landes-Sonderbürgerschaft für Zukunftsinvestitionen	7
Enquetekommission zu Künstlicher Intelligenz	7
Informationen zur Integration in weiteren Sprachen verfügbar	7
Klage gegen den Landeshaushalt gescheitert	8
Girls´ and Boys´ Day im Landtag	8

## Länder fordern nationale Finanzbildungsstrategie

Die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder haben auf ihrer Finanzministerkonferenz (FMK) einstimmig eine nationale Finanzbildungsstrategie gefordert. Gemeinsam mit dem Bund wollen die Länder zur Verbesserung der Finanzkompetenz der Menschen und zur nationalen Finanzbildungsstrategie beitragen.

Finanzkompetenz ist wichtig, um die eigene finanzielle Absicherung gestalten zu können. Dabei geht es nicht nur um Anlagestrategien und Finanzinstrumente, sondern auch ganz praktisch um das Kleingedruckte beim Handyvertrag, das Lastschriftverfahren oder unterschiedliche Formen der Geldanlage.

Gerade für junge Menschen ist solides Wissen um finanzielle Zusammenhänge ein wesentlicher Schlüssel für ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben. Daher soll die finanzielle Bildung in Deutschland gestärkt werden.



Für eine deutsche Finanzpolitik, die Fairness verteidigt, Stabilität schafft und Fortschritt ermöglicht!

Minister Dr. Marcus Optendrenk bei der 1000. Sitzung Finanzausschuss des Bundesrats

Ministerium der Finanzen

Marcus Optendrenk, Vorsitzender der Finanzministerkonferenz: „Das Risiko von Negativzinsen auf das Ersparte, die Verheißungen von Bitcoin und ETFs – viele Menschen sind durch die Vielfalt der Finanznachrichten in jüngerer Vergangenheit verunsichert. Wer keine Börsencracks

im Familien- oder Bekanntenkreis hat, kann viele Chancen nicht nutzen und bleibt mit dem schlechten Gefühl zurück, selbst nicht genug für die eigene Vorsorge zu tun. Aber ob Menschen kompetent für ihre eigene finanzielle Absicherung sorgen können, sollte nicht dem Zufall überlassen sein. Es gibt in den Ländern bereits viele gute Ansätze, aber wir benötigen für die Finanzbildung eine nationale Strategie, um das hohe Gut der Chancengleichheit in der gesamten Republik zu wahren.“

### 1.000. Sitzung des Bundesrat-Finanzausschusses

Der Finanzausschuss des Bundesrates besteht aus den Finanzministerinnen und Finanzministern der Bundesländer. Er berät die Plenarsitzungen des Bundesrates vorbereitend und tagt alle vier bis sechs Wochen im Bundesrat in Berlin. Erstmals kam er am 28. Oktober 1949 in Frankfurt am Main zusammen. In Erinnerung an diese Anfänge fand die Jubiläumssitzung in der Bundesbank in Frankfurt am Main statt.

Marcus Optendrenk, Vorsitzender des Finanzausschusses: „Das Gremium ist der Motor für eine Finanzpolitik, die für alle Menschen in allen Regionen Deutschlands die beste Lösung findet. Eine kluge Finanzpolitik rennt nicht egoistisch mit dem Kopf durch die Wand, sondern baut Brücken. Die 1000. Sitzung ist ein Symbol für die Stärke unserer föderalen Zusammenarbeit. Wir schauen heute nicht nur zurück, sondern vor allem mit Entschlossenheit und Weitsicht auf die Herausforderungen der kommenden Jahre – für eine deutsche Finanzpolitik, die Fairness verteidigt, Stabilität schafft und Fortschritt ermöglicht.“

Die Miethöhe bei neu abgeschlossenen Mietverträgen darf grundsätzlich nur 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Zudem wird die sogenannte Kündigungssperrfrist von allgemein drei Jahren auf acht Jahre verlängert. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Mieterschutzverordnung auch in Kempen

Mit der neuen Mieterschutzverordnung weitet Nordrhein-Westfalen den Mieterschutz für Mieterinnen und Mieter in Gebieten mit einem angespannten Wohnungsmarkt aus. Der Geltungsbereich der neuen Verordnung umfasst zukünftig 57 statt bisher 18 Kommunen. Dazu gehört nun auch die Stadt Kempen.

Die Miethöhe bei neu abgeschlossenen Mietverträgen darf grundsätzlich nur 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Zudem wird die sogenannte Kündigungssperrfrist von allgemein drei Jahren auf acht Jahre verlängert. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

## Land unterstützt die Schlichtungsstelle Nahverkehr langfristig

Die Schlichtungsstelle Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen ist seit vielen Jahren für Kundinnen und Kunden des ÖPNV eine Anlaufstelle, wenn es zu Streitfällen mit Verkehrsunternehmen kommt. Nordrhein-Westfalen unterstützt die Schlichtungsstelle bereits seit 2007.



Foto: © B. Wjeczich-Fotolia

Nun wurden 2,5 Millionen Euro Fördermittel übergeben und der Projektzeitraum auf sechs Jahre erhöht. Dies ermöglicht eine längerfristige Planung der Schlichtungsstelle.

Die Schlichtungsstelle Nahverkehr (SNV) ist eine unabhängige Einrichtung des

Vereins Schlichtungsstelle Nahverkehr e.V. Dem Verein gehören die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VdV) sowie Verkehrsunternehmen aus Nordrhein-Westfalen an. Die Schlichtungsstelle Nahverkehr wird finanziert durch das Land Nordrhein-Westfalen und die beteiligten Verkehrsunternehmen.

Für die Fahrgäste sind die Verfahren kostenlos. Sie können sich mit Beschwerden über das Verhalten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Verkehrsunternehmen, Tarifregelungen und Tarifangebote oder mangelnde Informationen zu Verspätungen, den Zustand der Fahrzeuge oder der Haltestellen an die Schlichtungsstelle wenden. Im vergangenen Jahr konnten für mehr als 3.500 Streitfälle Lösungen gefunden werden.

Weitere Informationen gibt es [hier](#).

## Besuch der Sternsinger

Am Dreikönigstag haben die Sternsinger die CDU-Kreisgeschäftsstelle in Viersen besucht. Dabei gab es nicht nur den Haussegen, sondern auch ein Ständchen. Marcus Optendrenk und Martin Plum begrüßten die Kinder und überreichten eine Spende.

Nach einer kleinen Stärkung ging es für die Königinnen und Könige weiter auf ihrem Weg durch die Stadt Viersen. Marcus Optendrenk: „Herzlichen Dank für Euren Besuch bei uns. Wir hoffen, Ihr hattet in diesem Jahr viel Erfolg beim Sammeln!“



## Bezahlkarte für Geflüchtete gestartet



Foto: © zerbot - Fotolia

Seit dem 7. Januar 2025 erhalten die ersten Geflüchteten in Nordrhein-Westfalen die Bezahlkarte.

In einem ersten Schritt wird die sogenannte SocialCard in fünf Landeseinrichtungen (je eine pro Regierungsbezirk) an die Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger ausgegeben. Danach soll die Bezahlkarte sukzessiv innerhalb von drei Monaten in den weiteren derzeit 50 Einrichtungen ausgerollt werden.

Gemeinsam mit 13 anderen Bundesländern hat das Land einen Dienstleister für die Bezahlkarte beauftragt. Für die Finanzierung der hierdurch entstehenden Kosten der Einführung und des Betriebs der Bezahlkarte in Höhe von rund 12 Millionen Euro wurden entsprechende Mittel im Haushalt bereitgestellt.

Die Asylantragstellenden nehmen die Karte nach ihrer Zuweisung in die Kommunen mit. An der Höhe der Sozialleistung als solche ändert sich dabei nichts. Kommunen haben gleichwohl die Möglichkeit, an vor Ort bereits etablierten Systemen festzuhalten.

Weitere Informationen gibt es [hier](#).

## Meistergründungsprämie NRW erweitert



Foto: © freepik

Die Landesregierung erweitert die Meistergründungsprämie NRW als zentrales Unterstützungsangebot für gründungswillige Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister. So soll die Existenzgründung

oder die Unternehmensnachfolge in Handwerksberufen noch attraktiver, der Bestand der Handwerksbetriebe in Nordrhein-Westfalen langfristig gesichert und die Zahl der Neugründungen gesteigert werden.

Zum 1. Januar 2025 wurde die Förderung von bislang maximal 10.500 Euro auf bis

zu 11.500 Euro erhöht. Zusätzlich wird ein Bonus von 2.000 Euro bei der Übernahme eines bestehenden Betriebs gewährt. Darüber hinaus erhalten Handwerksmeisterinnen einen Bonus von 2.500 Euro bei einer Gründung in Handwerksberufen, in denen Frauen noch stark unterrepräsentiert sind, beispielsweise Maurerinnen, Dachdeckerinnen oder Installateurinnen.

Zudem wurde die Förderung auf Gründerinnen und Gründer ausgedehnt, für deren im Ausland erworbene Berufsqualifikation die zuständige Handwerkskammer die volle Gleichwertigkeit festgestellt hat.

Weitere Informationen zur Meistergründungsprämie NRW sowie die Antragsunterlagen finden Sie [hier](#).

## Vorbild Nordrhein-Westfalen bei der Bekämpfung Organisierter Kriminalität

Die nordrhein-westfälischen Ministerien der Finanzen, des Innern und der Justiz haben am 13. Januar 2025 in einer gemeinsamen Diskussions- und Informationsveranstaltung in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union in Brüssel die Arbeit einer Task Force aus den drei Ressorts vorgestellt.

Sie soll durch eine innovative Struktur die Finanzierungsquellen von Organisierter Kriminalität (OK) und Terrorismus aufspüren und trockenlegen.

Seit 2018 kooperieren Finanz-, Innen- und Justizressorts in Nordrhein-Westfalen bei der Bekämpfung der Finanzquellen Organisierter Kriminalität und Terrorismus in einer eigens dazu gegründeten Task Force. Dort arbeiten Ermittlungspersonen aus Steuerfahndung, Polizei und Justiz unter dem Dach des Landeskriminalamtes nach dem Prinzip der „zusammengeschobenen Schreibtische“. Die Vernetzung ist ein Erfolgsfaktor bei der Bekämpfung von Organisierter



(Wirtschafts-)Kriminalität, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

Die Landesregierung wirbt auch in Europa für eine stärkere Vernetzung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und Terrorismus. Sie

fordert daher die Einrichtung einer grenzüberschreitenden Kooperation von Europol, Europäischer Staatsanwaltschaft und den Ermittlungsbehörden anderer Mitgliedstaaten in neuen festen Strukturen.

Marcus Optendrenk: „Die Geldströme des Terrors und der Organisierten Kriminalität fließen schnell, international und digital. Unsere Fahndungsmethoden brauchen ein Update, damit wir der Spur des Geldes auch in Kryptobörsen und Hawala-Banking folgen können. Und wir dürfen uns keine Reibungsverluste an Staats- oder Zuständigkeitsgrenzen leisten, wenn wir das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger effektiv schützen wollen.“

## Neue Träger für Ehrenamtsmedaille des Landtags NRW gesucht



Foto: © Landtag NRW/Bernd Schälte

Im Jahr 2023 ist die Würdigung von ehrenamtlichem Engagement mit der

Auszeichnung der Ehrenamtsmedaille gestartet. Auch 2025 sollen wieder besonders engagierte Personen und gesellschaftliche Gruppen in Nordrhein-Westfalen mit der „Ehrenamtsmedaille des Landtags Nordrhein-Westfalen“ ausgezeichnet werden.

Die CDU-Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Viersen Guido Görtz, Britta Oellers und Marcus Optendrenk rufen dazu auf, Vorschläge einzureichen. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann einen Menschen oder eine Gruppe vorschlagen, die sich

durch ehrenamtliches Engagement für die Demokratie, die Belange ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger oder für das Gemeinwohl besonders eingesetzt haben.

Marcus Optendrenk: „Ehrenamtliches Engagement ist eine tragende Rolle in unserer Gesellschaft und prägt unser aller Zusammenleben hier in unserer Heimat NRW. In NRW sind rund sechs Millionen Menschen in ihrer Freizeit freiwillig aktiv und bringen sich unentgeltlich in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen für das Gemeinwohl ein. Dieses Engagement gilt es entsprechend zu würdigen und in den Vordergrund zu rücken.“

Vorschläge zur Auszeichnung mit der Ehrenamtsmedaille sind bis zum 15. Mai 2025 möglich. Weitere Informationen, Voraussetzungen sowie das Vorschlagsformular finden Sie [hier](#).

## Neues Förderprogramm Klimaanpassung.Unternehmen.NRW

Mit dem neuen Förderprogramm Klimaanpassung.Unternehmen.NRW unterstützt die Landesregierung im Rahmen des EFRE/JTF-Programms NRW 2021-2027 ab sofort Unternehmen bei der Bewältigung von Folgen der Klimakrise. Rund 13 Millionen Euro von Land und EU stehen für die Umsetzung von Maßnahmen bereit.

Projektanträge können bis zum 31. März 2026 bei der Innovationsförderagentur NRW (IN.NRW) abgegeben werden, die auch qualifizierte Beratung anbietet. Das Programm richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen der Wirtschaft sowie in kommunaler Trägerschaft in Nordrhein-Westfalen, die sich für die Zukunft klimaresilienter aufstellen wollen.

Das Programm ergänzt die bestehenden Förderprogramme des Landes im Bereich der Klimafolgenanpassung, die sich bislang unter anderem an Kommunen richteten. Nähere Informationen gibt es bei der [Innovationsförderagentur NRW](#) und beim [NRW-Wirtschaftsministerium](#).



Foto: © freepik

## Neue Funkgeräte für NRW-Polizei



Foto: © P. T. Trundiyil - shutterstock

Die Polizei in NRW bekommt neue Funkgeräte, nachdem die alten digitalen Geräte das Ende ihres Lebenszyklus erreicht haben. Laut dem zuständigen Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) geht es um bis zu 10.500 Geräte für Fahrzeuge und 2.600 feste Geräte.

Schon seit Ende 2014 nutzt die Polizei in NRW nur noch Digitalfunk. Um sicherzustellen, dass die Kommunikation der Polizisten untereinander einwandfrei funktioniert und nicht durch Funklöcher oder veraltete Technik beeinflusst wird, wurden nun die neuen Geräte ausgeschrieben.

## Land fördert „brotZeit“-Projekt mit bis zu 1,5 Millionen Euro



Foto: © Fernanda Martinez - unsplash

Kein Kind soll hungrig in die Schule gehen müssen – diesem Ziel hat sich der Verein **brotZeit e.V.** verschrieben. Seit mehr als 15 Jahren sorgen die zahlreichen ehrenamtlichen Engagierten des Vereins dafür, dass Kinder an Grund- und Förderschulen vor dem Ler-

nen ein gesundes, kostenloses Frühstück erhalten und gestärkt in den Schultag starten können.

Die Landesregierung fördert das „brotZeit“-Projekt bereits seit 2020 und wird es in diesem Jahr mit rund 1,5 Millionen Euro unterstützen. Denn ein gemeinsames Frühstück stärkt nicht nur die Konzentration der Kinder, sondern auch das Miteinander.

Weitere Informationen zu „brotZeit“ finden Sie [hier](#).

## Optendrenk trifft flämischen Finanzminister

Marcus Optendrenk traf sich Mitte Januar mit dem flämischen Finanzminister Ben Weyts zu einem intensiven Austausch über zentrale Themen wie Haushaltsstruktur, Föderalismus und die gemeinsame Arbeit am mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Dabei wurde deutlich, wie entscheidend eine enge Abstimmung ist, um den finanziellen Spielraum für zentrale Zukunftsaufgaben wie Innovation, Digitalisierung und Bildung in Europa sicherzustellen.

Beide Seiten waren sich einig, dass ein regelmäßiger Dialog wichtig ist, um die finanzielle Zukunft Europas gemeinsam zu gestalten und Herausforderungen effektiv anzugehen. Marcus Optendrenk: „Nur wer die Tür des Nachbarn kennt, kann Probleme gemeinsam lösen – für ein Europa, das verbindet!“



## Förderwettbewerb „Grüne Gründungen.NRW“



Foto: © syna productos - fotolia

Grüne Start-ups spielen als Transformationsbeschleuniger und Brückenbauer

zwischen Wissenschaft und Wirtschaft eine elementare Rolle für die Green Economy. Daher fördert die Landesregierung bereits seit zehn Jahren Gründungen, die mit innovativen Geschäftsmodellen zu Umwelt- und Klimaschutz beitragen.

Um dieses Ökosystem weiterhin zu stärken, führt die Landesregierung den 2023 etablierten Förderwettbewerb **Grüne Gründungen.NRW** nun mit zwei weiteren Einreichungsrunden fort. Im Rahmen des

EFRE/JTF-Programms NRW 2021-2027 unterstützen Land und EU in dem Förderwettbewerb Start-ups bei der Entwicklung neuer Ansätze, Technologien, Verfahren und Dienstleistungen, die zum Klimaschutz, zur Klimaanpassung, zum Umweltschutz, zur Schonung von Ressourcen sowie zum Erhalt der Biodiversität beitragen, mit bis zu 600.000 Euro pro Vorhaben.

Projektskizzen können in der vierten Einreichungsrunde bis zum 26.02.2025 bei der Innovationsförderagentur NRW eingereicht werden. Eine weitere fünfte Einreichungsrunde startet voraussichtlich im 2. Quartal 2025. Weitere Informationen, Voraussetzungen, Unterlagen sowie Termine von Informationsveranstaltungen und Ansprechpersonen für individuelle Beratungen finden Sie [hier](#).

## Sonderbürgschaft des Landes für Zukunftsinvestitionen



Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt Unternehmen bei Investitionen in ihre Zukunft und stärkt so ihre Wettbewerbsfähigkeit. Unternehmen, die beispielsweise ihre Herstellungsprozesse auf klimaneutrale Verfahren umstellen und dadurch Emissionen vermindern möchten, können künftig von einer Sonderbürgschaft des Landes profitieren.

Der Mindestbetrag des durch diese Transformationsbürgschaft zu besichernden

Kredits beläuft sich auf zwei Millionen Euro, der Höchstbetrag auf 25 Millionen Euro. Damit gibt die Landesregierung ein wichtiges Signal an nordrhein-westfälische Unternehmen, in die klimaneutrale Transformation zu investieren, in grünes Wachstum und damit in die Zukunft.

Marcus Optendrenk: „Die Transformationsbürgschaft ergänzt die nordrhein-westfälische Förderlandschaft für den klimaneutralen Wandel unserer Wirtschaft sinnvoll. Damit können wir das bewährte Instrument Landesbürgschaftsprogramm passgenau auf die aktuellen Bedürfnisse der Unternehmen anwenden.“

Interessierte Unternehmen können sich für weitere Informationen an die damit vom Land beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wenden.

## Enquetekommission zu Künstlicher Intelligenz

Die Fraktionen von CDU und FDP im Landtag NRW haben beschlossen, gemeinsam eine Enquetekommission zum Thema „Künstliche Intelligenz – Für einen smarten Staat in der digitalisierten Gesellschaft“ einzusetzen. Ziel ist es, die technologischen Potenziale von KI verantwortungsvoll zu nutzen und Nordrhein-Westfalen als Vorreiter für den kreativen und menschenzentrierten Einsatz dieser Schlüsseltechnologie zu etablieren.

Künstliche Intelligenz ist die treibende Kraft einer gesellschaftlichen Revolution und bietet die Chance, den Menschen von Routinetätigkeiten zu entlasten und Freiräume für Kreativität und Empathie zu

schaffen. Die Technologie erleichtert den Alltag, sichert Arbeitsplätze und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

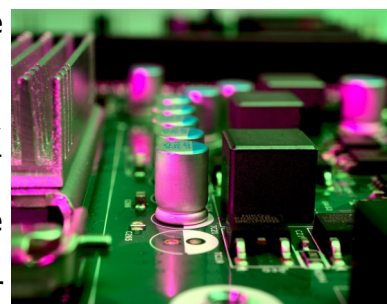


Foto: © Random Thinking - unsplash

Gleichzeitig müssen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und mögliche KI-Risiken ernst genommen und durch verantwortungsvolle Lösungen adressiert werden.

Ausführliche Informationen zum Thema und zu den fünf Schwerpunkten für einen smarten Staat finden Sie hier.

## Informationen zur Integration in weiteren Sprachen verfügbar

Ab sofort ist die Internetseite des Integrationsministeriums für viele Menschen zugänglicher gestaltet. Die Informationen und Inhalte unter [www.chancen.nrw](http://www.chancen.nrw) sind nun nicht nur auf Deutsch, sondern in zehn weiteren Sprachen sowie in „Einfacher Sprache“ verfügbar.

Die Übersetzungen in Echtzeit werden aktuell in Arabisch, Bulgarisch, Englisch, Französisch, Polnisch, Rumänisch, Rus-

sisch, Spanisch, Türkisch und Ukrainisch ermöglicht; weitere Sprachen können perspektivisch folgen. Das Angebot in „einfacher Sprache“ soll zudem auch Menschen mit Leseschwäche, Deutsch als Fremdsprache oder Personen mit begrenzten Lese- und Schreibfähigkeiten die Nutzung der Website erleichtern.

Weitere Informationen gibt es hier.

## Klage gegen den Landeshaushalt gescheitert



Das umfangreiche landeseigene Krisenbewältigungsprogramm umfasste Hilfen, die in die Sicherung von Hilfs- und Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche flossen. Es hat neben Kitas auch Krankenhäusern und Sportvereinen ebenso geholfen wie den Tafeln im Land, den Tierheimen, unseren Hochschulen, Universitätskliniken und Studentenwerken. Das Ziel aller Maßnahmen war es, den Menschen in der Krise zu helfen.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof hat eine Klage der Opposition gegen den Landeshaushalt 2023 als unzulässig verworfen. SPD und FDP hatten gegen die im Dezember 2022 mehrheitlich im Landtag gefällte Entscheidung geklagt, zur Finanzierung der Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine wegen einer Notlage Kredite in Höhe von 5 Milliarden Euro aufzunehmen.

Marcus Optendrenk zur Klageabweisung: „Das ist eine gute Nachricht. Die Entscheidung bestätigt die rechtliche Grundlage unserer Finanzplanung und schafft Klarheit für die weitere Arbeit. Das Urteil unterstreicht die finanzpolitische Stabilität und die vorausschauende Planung in Nordrhein-Westfalen.“

## Girls' and Boys' Day im Landtag

Am 31. März 2025 öffnet der nordrhein-westfälische Landtag seine Türen zum Girls' and Boys' Day. Alle Schülerinnen und Schüler sind herzlich eingeladen, die Tätigkeiten eines Abgeordneten vor Ort im Parlament kennenzulernen.

Marcus Optendrenk: „Ich freue mich, den Jugendlichen einen Einblick in den Landtag zu geben und ihnen die politische Arbeit näher zu bringen. Interessierte Schülerinnen und Schüler können sich gerne direkt bei mir melden!“



Dr. Marcus Optendrenk  
CDU Kreisverband Viersen  
Goetersstr. 54, 41747 Viersen

